

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Einrichtung einer „Clearingstelle Gewerbe“

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Clearingstelle für Gewerbeansiedlungen analog des Clearingverfahrens zum Bau von Wohnungen einzurichten.

Die Federführung hierbei soll die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe erhalten.

Der Senat soll dem Abgeordnetenhaus bis zum 1. Juli 2018 berichten.

Begründung:

Nicht nur der zunehmende Flächenwettbewerb zwischen dem Neubau von Wohnungen und der zukünftigen gewerblichen Entwicklung erschwert die Neuansiedlung von Gewerbe. Auch bestehende Erweiterungen von Unternehmen sind heute oftmals nicht mehr möglich, da Ansiedlungsvorhaben nur schleppend oder gar nicht bearbeitet werden. Dies trifft insbesondere auch auf Flächen in der Nähe von neuen Wohnungsbaustandorten zu.

Um die weitere wirtschaftliche Entwicklung Berlins nicht zu gefährden – und auch die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen – ist die Einrichtung einer Schiedsstelle/Clearingstelle und eines hierfür verbindlichen Verfahrens zwingend erforderlich. Dabei werden verpflichtend alle beteiligten Senatsverwaltungen und die betroffenen Bezirksverwaltungen in die Lösungsfindung mit einbezogen.

Berlin, 08. Mai 2018

Graf Gräff
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU